



DIE ERINNERUNG ZU BEWAHREN, AUS DER VERGANGENHEIT ZU LERNEN UND DIE LEHREN VOR ALLEM AN DIE JUNGE GENERATION WEITERZUGEBEN GEHÖRT ZU DEN HAUPTANLIEGEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG. DIESES KAPITEL GIBT EINBLICK IN WEICHENSTELLUNGEN DER VERGANGENHEIT UND IHRE BEDEUTUNG FÜR GEGENWART UND ZUKUNFT.



KEIN STAAT WIE JEDER ANDERE

60 JAHRE ISRAEL: VERPFLICHTUNG ZU KRITISCHER FREUNDSCHAFT

PROFESSOR
BERNHARD VOGEL

*Ministerpräsident a.D.,
Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Gestützt auf die Entscheidung der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 und „kraft des natürlichen und historischen Rechtes“ verkündete David Ben Gurion namens des „Volksrates“ am 14. Mai 1948 in Tel Aviv – mit der Beendigung des Völkerbund-Mandates über Palästina – „die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel – des Staates Israel“. Dieser Staat werde, so die Erklärung, „der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“

Im Jahr 2008 kann Israel den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung feiern. Auch nach sechzig Jahren ist das Land immer noch die einzige lebensfähige Demokratie im Nahen und Mittleren Osten. Und es kann nach wie vor nicht in gesichertem Frieden leben. Krieg und Terror sind seit sechs Jahrzehnten die apokalyptischen Begleiter eines Volkes, das nichts sehnlicher erhoffte, als im Land der Bibel eine sichere nationale Heimstatt zu haben.

Für uns Deutsche ist Israel kein Staat wie jeder andere. Nach dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden während der Zeit des Nationalsozialismus war es alles andere als selbstverständlich, dass die tiefe Sprachlosigkeit zwischen Deutschen und Israelis überwunden werden könnte. Für Konrad Adenauer, den ersten Kanzler der ein Jahr nach Israel gegründeten Bundesrepublik Deutschland, stand die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel ganz oben auf der Liste seiner politischen Prioritäten. Schon in seiner ersten Regierungserklärung als deutscher Bundeskanzler bekannte er sich zu Israel. Und am 27. September 1951 verkündete er im Deutschen Bundestag, es sei die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes, im Verhältnis zum Staat Israel und zum jüdischen Volk den Geist wahrer Menschlichkeit lebendig und fruchtbar werden zu lassen. Adenauer erklärte damit die Aussöhnung zum moralischen Eckpfeiler eines neuen, demokratisch-rechtsstaatlichen Deutschlands.

Mit Deutschland und den Deutschen wollten die meisten in Israel – verständlicherweise – niemals wieder etwas zu tun haben. „In unserem jungen Staat“, schrieb Shimon Peres rückblickend, „überwog die Auffassung, dass der Bruch mit Deutschland endgültig und für ewig sein müsse.“ Es ist das persönliche Verdienst von David Ben Gurion und Konrad Adenauer, den Gründervätern und ersten Regierungschefs beider Länder, dass trotz der Schlucht der Vergangenheit zwischen beiden Völkern Vertrauen wieder Fuß fassen und die Grundlagen einer tragfähigen Freundschaft gelegt werden konnten. Als sie sich am 14. März 1960 im New Yorker Waldorf Astoria Hotel das erste Mal trafen, taten sie das in dem Bewusstsein, an einem Neuanfang mitzuwirken. Beide geschichtsbewusst, unbirrbar grundsatztreu, mit dem Mut, gegen den Strom zu schwimmen, darauf



*Durch die Proklamation
der Unabhängigkeit
des Staates Israel
durch Ministerpräsident
David Ben Gurion im
Stadtmuseum von
Tel Aviv wird am
14. Mai 1948 der Staat
Israel gegründet.*

bedacht, ihre noch jungen Staaten nach innen und außen zu festigen, waren sie zu Weggefährten auf einem unendlich mühseligen und steinigen Weg geworden.

David Ben Gurion hatte die öffentliche Meinung in Israel gegen sich. Zwei Regierungskrisen nahm er wegen seiner Deutschlandpolitik in Kauf, stellte sogar sein Amt als Ministerpräsident zur Verfügung. Im kriegszerstörten Deutschland war die Ratifizierung des Israelabkommens 1953 innenpolitisch und koalitionsintern höchst umstritten. Auch außenpolitisch brachte sie Adenauer in nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten. Stets drohte die Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten und damit die Gefahr, die Spaltung Deutschlands international noch weiter zu vertiefen.

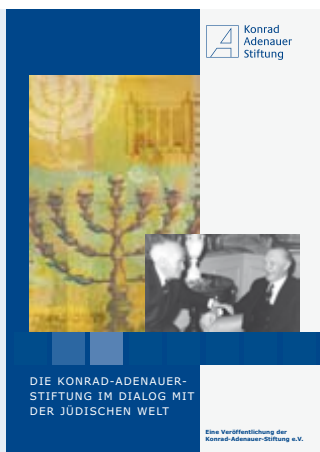
Bei ihrem New Yorker Treffen sprach Ben Gurion sein Gegenüber als den Vertreter eines „großen Volkes“ an, der den Mut gehabt habe, „sich zu einer moralischen Verantwortung für das zu bekennen, was dem jüdischen Volk von den Nationalsozialisten angetan worden“ sei. Die von den Deutschen angebotene „Wiedergutmachung“ empfand er als ein eindeutiges Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung. Auch von deutscher Seite wurde sie stets als eine Sühneleistung verstanden, die angesichts des unfassbaren Grauens und des unerträglichen Leids immer unvollkommen bleiben musste.

Adenauer hat die Grundlagen dafür gelegt, was man heute „besondere Beziehungen“ nennt. Wir Deutschen tragen eine Mitverantwortung für den Staat Israel. Wo sein Existenzrecht und die Sicherheit seiner Bevölkerung bedroht sind, wo das Recht, in sicheren Grenzen zu leben, gefährdet ist, darf es für uns Deutsche keine Neutralität geben. Doch je länger der Holocaust zurückliegt und viele Zeitzeugen nicht mehr leben, desto schwieriger wird es, die Verantwortung für die Geschichte an die nächsten Generationen weiterzugeben. Und auch die israelische Politik macht es uns nicht immer leicht, unverbrüchlich an dem Grundsatz festzuhalten, dass unser Platz an der Seite Israels ist. Umso sehnlicher wünschen wir uns, dass der Friedensprozess vorankommt und der Terror endet. Wir sind zur Freundschaft mit Israel verpflichtet, aber Freunde müssen gegeneinander nicht unkritisch sein.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich dem Lebenswerk ihres Namensgebers selbstverständlich besonders verpflichtet fühlt, arbeitet mit daran, dass das Verantwortungsbewusstsein für Israel wach und lebendig bleibt, dass die deutsch-israelischen Beziehungen durch die Begegnung der Menschen Substanz und Festigkeit erhalten. Dem dient nicht nur unsere Arbeit in Israel, wo wir seit 28 Jahren tätig sind. Zusammen mit unserem Büro in den palästinensischen Autonomiegebieten wird die Konrad-Adenauer-Stiftung leisten, was zur Verständigung getan werden kann. Wir tragen zu friedensstiftenden und vertrauensbildenden Maßnahmen bei, begleiten israelisch-palästinensische Gemeinschaftsprojekte, unterstützen den Demokratisierungsprozess der palästinensischen Gesellschaft. Wir arbeiten für die weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und für die verbesserungswürdigen Beziehungen Israels zur Europäischen Union.

Aber auch in Deutschland geht es für uns darum, die freiheitlich-demokratische Ordnung vor extremistischen und antisemitischen Tendenzen konsequent zu schützen, weil das die entscheidende Voraussetzung dafür bleibt, die deutsch-israelischen Beziehungen lebendig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Unsere politische Bildungsarbeit hat den Auftrag, Verständnis dafür zu erwecken, was es für die Menschen in Israel bedeutet, seit Jahrzehnten unter der Drohung des Terrors zu leben und von feindseligen Nachbarn umgeben zu sein. Und sie hat vor allem darauf hinzuwirken, dass Antisemitismus in Deutschland keinen Platz hat.

Nach seiner zweiten Begegnung mit Ben Gurion 1966 hat Konrad Adenauer gesagt: „Wer unsere besonderen Verpflichtungen gegenüber den Juden und dem Staate Israel verleugnen will, ist historisch und moralisch, aber auch politisch blind“. Es ist die fortdauernde Aufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung, auch sechzig Jahre nach der Staatsgründung Israels gegen alle drei dieser Formen von Blindheit Vorkehrungen zu treffen.



Dem Erbe Konrad Adenauers verpflichtet, gehören die Versöhnung und Verständigung mit den Juden sowohl in Deutschland als auch weltweit zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Veröffentlichung „Die Konrad-Adenauer-Stiftung im Dialog mit der jüdischen Welt“ beschreibt die Aktivitäten in Deutschland und Europa, in Israel und den USA.

Eine Neuauflage der Broschüre erscheint im März 2008. Bestellen Sie über publikationen@kas.de



GESCHICHTSBILDER IN EUROPA

WORAN UNSERE NACHBARN IHRE IDENTITÄT FESTMACHEN

PROFESSOR
RUDOLF UERTZ

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-
Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Auch fünfzig Jahre nach Verabschiedung der Römischen Verträge ist das „Haus Europa“ noch nicht fertig. Das haben nicht zuletzt die Bemühungen um den europäischen Verfassungsvertrag gezeigt, der schließlich an den Voten der Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande gescheitert ist. Zwar wurde mit dem „Vertrag von Lissabon“ vom Dezember 2007 ein gangbarer Weg beschritten, der die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken vermag. Doch muss sich auch ein im Integrationsprozess befindliches Europa seiner Grundlagen und Ziele immer wieder bewusst werden. Angesichts der Vielzahl politischer Akteure und Interessen ist es erforderlich, sich der historischen Grundlagen europäischer Einigungspolitik zu vergewissern. Gerne wird in diesem Zusammenhang von der europäischen Identität gesprochen. Aber bei dieser Frage kann nicht unberücksichtigt bleiben, dass es eine Vielzahl von europäischen Nationen und eine Vielfalt von Geschichtsbildern in Europa gibt.

Bei der Betrachtung europäischer Geschichtsbilder, wie sie auf einer internationalen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung im Oktober 2007 in Cadenabbia diskutiert wurden, ist nicht zuletzt ein Vergleich zwischen den älteren EU-Ländern und den neu hinzugekommenen mittelosteuropäischen Ländern von Interesse und deren geschichtlichen Erfahrungen und Entwicklungen im ehemaligen Ostblock. Der Vergleich mit den Kernländern der EU verdeutlicht anhand der jüngeren Vergangenheit die unterschiedlichen geschichtlichen Prägungen:

In Deutschland sind infolge der NS-Vergangenheit lange vorherrschende Geschichtsbilder und mit ihnen auch der Begriff der Nation verblasst. So ist es kein Zufall, dass das Grundgesetz von 1949 die erste europäische Verfassung war, die einen Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte vorsah. Der europäische Bezug gehört demnach zur Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland, was zugleich auch ein Charakteristikum des deutschen Nationalbewusstseins ist (Professor Horst Möller, München). Die positiven Einstellungen zu Europa und zur EU sind auch geprägt durch die negativen Erfahrungen der Deutschen mit ihrem Nationalstaat und der Pervertierung des Volks- und Nationsbegriffs durch den Nationalsozialismus.

Ein nahezu ungebrochenes Geschichts- und Nationalbewusstsein lässt sich dagegen in Frankreich ausmachen, dessen Geschichte trotz vieler Revolutionen und Umbrüche eine große Kontinuität aufweist. Das Land selbst gilt vielen als ein „geschichtliches Bilderbuch“. Frankreich verfügt über „gleichsam eingefleischte und stabile Geschichtsbilder“, die sich mit symbolischen und legendären Elementen verbinden (Gilbert Merlio, Paris). Die Identifikation der Franzosen mit identitätsstiftenden Bezugsgrößen ist umso leichter, als Frankreich insgesamt über eine „konsensfähige Vergangenheit“ verfügt. Man ist dabei erinnert an den Ausspruch Napoleons: „Die Geschichte ist die Fabel, an die man glaubt.“ Die Geschichte eines Landes lebt nicht nur in Denkmälern und durch Erinnerungsorte, sondern auch in Legenden, Erzählungen, Riten und Redewendungen; dies alles bildet die kollektive Identität, die eine Nation herstellt.

Das Geschichts- und Nationalbewusstsein ist in den Ländern Europas sehr unterschiedlich ausgeprägt. Neben großer Kontinuität in Frankreich existiert in Deutschland ein eher gebrochenes Geschichtsbild, während in Österreich die Geschichtsbilder der Bevölkerung nicht sehr weit zurückzureichen scheinen.

Anders als Deutschland verfügt Österreich über ein weit weniger gebrochenes Geschichtsbild, was auch daher rührt, dass es den Nachkriegsregierungen gelungen ist, „die nationalsozialistische Zeit zu externalisieren“ und das Land als Opfer der NS-Okkupation hinzustellen (Professor Ernst Bruckmüller, Wien). Die Geschichtsbilder der Bevölkerung reichen allerdings nicht sehr weit zurück: Laut einer Umfrage von 1998 sind die Erinnerungen an Begebenheiten und Personen aus der Zeit des Habsburger Reiches kaum lebendig, ebenso wenig an die Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Anschluss an das Großdeutsche Reich. So ist die Nationsidee vor allem geprägt durch die Zeit seit 1945 (II. Republik), wobei bemerkenswert ist, dass bis weit in die jüngste Zeit noch die Idee des Ständestaates verbreitet war.

Die Situation Spaniens sehen Beobachter gegenwärtig sehr kritisch. Die Auseinandersetzung um die Vergangenheit hat das Land voll erfasst und in Lager und Positionen gespalten, die gegensätzlicher kaum sein könnten. Spanien ist geprägt von einem „Extremismus der zentrifugalen und separatistischen Nationalisten“, die die Vergangenheit als Legitimierungsgröße für sich zu vereinnahmen suchen (Professor Mariano Delgado, Freiburg/Schweiz). Ein Hoffnungsschimmer ist, dass verstärkt Vertreter aller Richtungen und Parteien der Extremlage überdrüssig sind und eine überparteiliche, zivilgesellschaftliche Initiative „zum Schutze Spaniens vor politischem Vandalismus“ gebildet haben.

Belgien, ehemaliges Territorium der Österreichischen Niederlande, spaltete sich 1830 von den Niederlanden ab und manifestierte sich als selbständiger Staat. In der Folgezeit entwickelte sich ein einheitliches historisches Selbstbild, dessen der junge Nationalstaat zur Legitimation seiner Existenz bedurfte. Dabei konnte man an die bereits im 18. Jahrhundert entwickelte nationale Geschichte der Österreichischen Niederlande anknüpfen (Professor Tom Verschaffel, Löwen).

Wie in kaum einem anderen Land in Europa spielt in Polen die Kenntnis der eigenen Vergangenheit eine große Rolle. Die Geschichte war neben Sprache, Konfession und Kultur das wichtigste identitätsstiftende Element. Polen formierte sich im 19. Jahrhundert als moderne Nation. Ähnlich wie die zeitgleich verlaufene Verfassungsbewegung Belgiens bildete auch in Polen der Konstitutionalismus ein wichtiges Element des nationalen Selbstbewusstseins und Freiheitsbestrebens (Krzysztof Ruchniewicz, Breslau). Obwohl die moderne Nationalgeschichte Polens und der Freiheitskampf gegen die Vorherrschaft der Sowjetunion in den 1980er Jahren in einem anderen Kontext standen, so wird man doch gewisse Kontinuitäten im Selbstbild der Polen und ihres nationalen Selbstbehauptungswillens ausmachen können. Als verständlich mag daher erscheinen, dass nach der langen Unterdrückung der eigenen Kultur und der nationalen Autonomie – zunächst durch den NS-Staat, dann durch die Sowjetunion – in den letzten beiden Jahrzehnten eine starke Rückbesinnung auf nationale Werte und regionale Eigenarten zu beobachten ist – eine ähnliche Entwicklung wie in den anderen mittelosteuropäischen EU-Ländern.



Am 20. Dezember 2007 feierten die Polen den Wegfall der Grenzkontrollen im Rahmen des Schengen-Abkommens, das freie Fahrt für Millionen Europäer bedeutet.

Selbstredend gilt auch für Tschechien, dass die eigenen wie auch die fremden Geschichtsbilder keineswegs absolute Geltung besitzen, sondern sich vielfach aus Teilbildern zusammensetzen, die auch miteinander konkurrieren, sich durchkreuzen oder ergänzen können. Nicht vergessen werden darf dabei die Rolle der nationalen oder ethnischen Minderheiten, die in dem einen oder anderen Land leben und die in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Mehrheitsvolk stehen können – und zwar gerade dann, wenn diese Minderheit ihr Muttervolk in der unmittelbaren Nachbarschaft hat. Diese Situation ist für Mitteleuropa nicht untypisch (Robert Schuster, Prag).

Besonders gilt diese Situation für Ungarn, das nach dem Ersten Weltkrieg den größten Teil seiner Bevölkerung an die Nachbarstaaten verloren hat (3,2 Millionen). Die Magyaren ironisieren dies gerne mit dem Spruch: „Ungarn ist das einzige Land, das mit sich selbst benachbart ist.“ Die Geschichtsbilder der Ungarn heute sind vor allem

geprägt durch Erfahrungen in der Zeit der Kádár-Periode (1956-1988): Niederschlagung des Volksaufstandes 1956, kleinere wirtschaftliche und politische Reformen in den 1960er Jahren („Gulaschkommunismus“) sowie die gesellschaftliche Krise in den 1980er Jahren, die mit den Parteigründungen 1988 endete und schließlich 1989 zum demokratischen Neubeginn führte.

Die jüngeren Geschichtsbilder Estlands wie auch Litauens und Lettlands sind noch geprägt durch die Erfahrungen deutscher und russischer Besatzung. „Erinnerungskonflikte“ – u.a. der Umgang mit inländischen Denkmälern der ehemaligen Sowjetunion – belasten bis heute das Verhältnis zum Nachbarn Russland, der die Okkupation des Baltikums 1944 als Befreiung vom Faschismus sieht, während die baltischen Staaten die Fortsetzung des Verlustes ihrer Selbstbestimmung beklagen, die sie im Jahre 1991 schließlich wiedererlangen konnten (Mart Laar, Reval).

Obwohl heute generell festzustellen ist, dass ehemals festgefügte nationale Geschichtsbilder verblassen, gibt es dennoch eine Vielzahl von Prägungen, deren sich die Europäer erinnern müssen, wenn sie unter „Vertiefung“ der EU nicht nur ökonomische und bürokratische Reformen verstehen. Diese Prägungen betreffen die von Europa ausgehenden Freiheits- und Modernisierungsbewegungen, zum Beispiel die Trennung von Religion und Politik, die Emanzipationsprozesse von Humanismus und Renaissance, von Reformation, Aufklärung, und die aus ihnen hervorgegangenen Demokratie- und Rechtsstaatsideen. Sie sind auch für EU-Gesellschaften normierend.



Der Volksaufstand in Ungarn 1956, mit dem sich die Ungarn von der sowjetischen Unterdrückung befreien wollten, wurde niedergeschlagen. Seine Bedeutung für die friedliche Revolution 1989 in Ungarn ist unbestreitbar.



Fünfzig Jahre später begehen die Menschen in Budapest den Jahrestag des Volksaufstands von 1956.

WEICHENSTELLUNGEN

1948 ENTSCIED SICH DER WESTEN DEUTSCHLANDS FÜR PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

DR. WOLFGANG TISCHNER

*Referatsleiter, Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-
Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Jahrestage sind in Deutschland von jeher eine schwierige Angelegenheit. Das Jahr 1948 macht dabei keine Ausnahme, gilt es doch, sowohl an die Weichenstellungen auf dem Weg zur Bundesrepublik als auch an die Gleichschaltung in der SBZ auf dem Weg in die DDR zu erinnern. Beides ist eng mit der Geschichte der Union verbunden: der erfolgreiche Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft im freien, demokratischen Teil Deutschlands ebenso wie der mutige, letztlich freilich erfolglose Widerstand der CDU in der sowjetischen Besatzungszone gegen die Spaltung Deutschlands und die Etablierung eines stalinistischen Regimes. Grund genug, an diese entscheidende Phase der deutschen Geschichte zu erinnern.

Die Ausgangslage 1948 war bestimmt von der Not der Nachkriegszeit. Deutschland, verkleinert um die Ostgebiete, war in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Während in den drei westlichen Zonen die USA, Frankreich und Großbritannien in immer stärkerem Maße den Deutschen ihre politischen Rechte zurückgaben, wurde in der Sowjetischen Besatzungszone von der SED der Weg in eine stalinistische Diktatur vorbereitet. Im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 hatten die deutschen Kommunisten begonnen, mit der Einberufung eines Delegiertenparlamentes, des „Deutschen Volkskongresses“, den Weg zur Gründung eines Separatstaates und damit der deutschen Teilung einzuleiten.

Die CDU in der Sowjetischen Besatzungszone stellte sich diesem Vorhaben entgegen. Ihr Vorsitzender Jakob Kaiser, der als christlicher Gewerkschafter zum Umkreis des Widerstandes vom 20. Juli gehört hatte, lehnte die inszenierte „Volkskongressbewegung“ wegen ihrer fehlenden demokratischen Legitimation ab. Er befürchtete – völlig zu Recht, wie sich bald zeigen sollte –, dass mit einem ostdeutschen Scheinparlament der Weg zur Spaltung Deutschlands vorgezeichnet wäre. Seine politische Konzeption, ein geeintes, demokratisches Deutschland als Brücke zwischen Ost und West zu etablieren, war ehrenwert, verkannte aber die politische Realität, in der eine expansive Sowjetunion ihre Gewinne in Osteuropa konsolidieren wollte. Als die Versuche der Sowjets scheiterten, ihn zum Rücktritt zu bewegen, setzten sie ihn ab. Kaiser, der wie etliche seiner Mitstreiter um seine persönliche Sicherheit fürchten musste, wich in die Berliner Westsektoren aus und gründete dort die Exil-CDU, die bis zur Wiedervereinigung den Gedanken an ein vereinigtes Deutschland hochhielt. Die ostdeutsche CDU wurde in den ersten Monaten des Jahres 1948 weitgehend gleichgeschaltet. Damit endete der parlamentarische Widerstand innerhalb der SBZ gegen die Einschränkung von Grundrechten und die fortschreitende Transformation in eine Diktatur weitgehend.

Parallel zur Stalinisierung der SBZ verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion im Frühjahr 1948 rapide. Der Verfall der Reichsmark infolge eines von Hitler durch Kredite finanzierten Krieges, aber auch der ungehemmten Geldschöpfung der Siegermächte zur Begleichung der Besatzungskosten machte einen Währungsschnitt zur Gesundung der Wirtschaft notwendig. Da



Im Oktober 1950 wurde auf dem Gründungsparteitag der CDU in Goslar Konrad Adenauer (l.) mit großer Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt. Jakob Kaiser, der zuvor als Vorsitzender der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone von den Sowjets abgesetzt worden war, wurde einer seiner Stellvertreter.

Abfahrt nach Bonn
1000 m →

CDU-Königswinter
1000 m →

SPD-Honnef
1000 m →

Verhandlungen mit den Sowjets darüber scheiterten, entschlossen sich die Westalliierten nach längerer Vorbereitung am 20. Juni 1948 zur Einführung einer neuen Währung. Die unter der Leitung Ludwig Erhards, des späteren Wirtschaftsministers, konzipierte Reform führte mit der Einführung der Deutschen Mark zu einer stabilen Währung. Aufgrund der leidvollen Erfahrungen mit staatlichen Eingriffen in das Währungssystem besonders in der NS-Zeit wurde streng darauf geachtet, die spätere Bundesbank als Hüterin der neuen Währung von politischer Einflussnahme freizuhalten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte Erhard auch für das gesamte Wirtschaftsleben: Anders als viele seiner Zeitgenossen war er davon überzeugt, dass die staatlich gelenkte Zwangswirtschaft in beiden Weltkriegen, der NS-Zeit und der Nachkriegszeit ein wesentliches Hemmnis für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft gewesen war. Ganz konsequent fielen deshalb mit der Währungsreform die meisten Bewirtschaftungszwänge. Der Erfolg der neuen Deutschen Mark im Verbund mit dem Konzept einer möglichst staatsfreien „sozialen Marktwirtschaft“, so wie sie Erhard proklamierte, entschied in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Auseinandersetzung zwischen sozialistischen und wirtschaftsliberalen Politikansätzen klar zugunsten Letzterer.

Waren die Abspaltung der SBZ und die Währungsreform schon wesentliche Weichenstellungen, so ist doch die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nach zwei verlorenen Kriegen und immer im Kontrast zur kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland nicht denkbar ohne die Rolle Konrad Adenauers. Der ehemalige Oberbürgermeister von Köln hatte mit knapper Not die Verfolgung durch die Gestapo überlebt, um nach der Kapitulation wieder in sein altes Amt eingesetzt zu werden. Trotz seiner erneuten Absetzung durch die britische Besatzungsmacht wurde er schnell zum wichtigsten Politiker in den westlichen Zonen. Als im September 1948 der Parlamentarische Rat zusammentrat, um eine deutsche Verfassung zu beraten, wurde Adenauer zu dessen Präsidenten gewählt. Die SPD, die sich darauf konzentriert hatte, Carlo Schmid zum Vorsitzenden des Hauptausschusses wählen zu lassen, sah sich getäuscht: In der deutschen Öffentlichkeit wurde Konrad Adenauer als der wichtigste deutsche Politiker wahrgenommen.

Während der Beratungen – der Parlamentarische Rat trat am 1. September 1948 erstmals zusammen und verabschiedete am 8. Mai 1949 das Grundgesetz – versuchte die Sowjetunion, durch die Berliner Blockade (24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949) die westlichen Alliierten aus der alten Reichshauptstadt herauszudrängen und diese vollständig in ihren Machtbereich einzugliedern. Diese unverhüllte Bedrohung stärkte den anti-totalitären Grundkonsens im Parlamentarischen Rat und verbesserte gleichzeitig die Beziehungen zwischen den Deutschen und den westlichen Besatzungsmächten. Die Berliner Luftbrücke wurde zum Symbol der erfolgreichen gemeinsamen Abwehr einer kommunistischen Bedrohung.

Die Verfassungsväter wie der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, und die Verfassungsmütter wie Helene Weber waren sich der Defizite der Weimarer Verfassung und der NS-Verbrechen bewusst und fühlten sich als Sachwalter der Deutschen, die in der SBZ keine demokratische Vertretung hatten.

Die Mütter und Väter der Verfassung waren sich der Defizite der Weimarer Verfassung und der Verbrechen des Nationalsozialismus deutlich bewusst und fühlten sich als Sachwalter der Deutschen, die in der SBZ keine demokratische Vertretung hatten. Überparteilich bestand – von einigen Kommunisten abgesehen – der Konsens, eine freiheitliche, parlamentarische Demokratie aufzubauen. Die Ausgestaltung dieser Staatsform, etwa in der Frage, wie stark föderalistisch das neue Deutschland sein sollte, war durchaus auch innerhalb der Union umstritten. Konsensfähig war dagegen



der metaphysische Bezug. Die Erkenntnis, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nur durch eine Abkehr von grundlegenden Menschheitsrechten möglich geworden waren, führte zu einer starken Grundrechtsverankerung in der Verfassung. In der Präambel nimmt das Grundgesetz deshalb Bezug auf Gott und macht die Wahrung der jedem Menschen eigenen Rechte zum Prüfstein für die Geltung der Verfassung.

In der Praxis haben sich die Bestimmungen des Grundgesetzes während der bislang sechs Jahrzehnte währenden Geschichte der Bundesrepublik bewährt, die damit nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation die mit Abstand erfolgreichste Staatsgründung in der neueren deutschen Geschichte ist. Alle Krisen wie die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre oder die Herausforderung durch den Terrorismus der RAF sind im Rahmen des Grundgesetzes zu lösen gewesen. Eine besondere Bewährungsprobe bildete der Weg zur deutschen Einheit nach der friedlichen Revolution in der DDR 1989/90. Es zeigte sich, dass die Verfassungsordnung der Bundesrepublik ihre Leistungsfähigkeit so überzeugend unter Beweis gestellt hatte, dass der Bundestag und die jetzt demokratisch gewählte Volkskammer auf die Einberufung einer neuen verfassunggebenden Versammlung verzichteten und die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitrug.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung wird an diese entscheidende Phase der deutschen Nachkriegsgeschichte erinnern. Dabei werden der Parlamentarische Rat und die Schritte auf dem Weg zur Sozialen Marktwirtschaft im Vordergrund stehen, aber auch die mutige Opposition der ostdeutschen Union gegen die Spaltung Deutschlands wird beleuchtet werden. Als Serviceleistung für die historische Forschung werden relevante Quellenübersichten online bereitgestellt und die wissenschaftlichen Ergebnisse in einem Internetportal einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



Der Erfolg der neuen Deutschen Mark im Verbund mit dem Konzept einer möglichst staatsfreien „Sozialen Marktwirtschaft“, so wie sie Ludwig Erhard proklamierte, entschied in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Auseinandersetzung zwischen sozialistischen und wirtschaftsliberalen Politikansätzen klar zugunsten Letzterer.



Konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948.



DAS WAR DIE DDR

DER ALLTAG IN DER DIKTATUR MUSS DIFFERENZIERT BETRACHTET WERDEN

DR. JOACHIM KLOSE
*Leiter Bildungswerk Dresden,
 Hauptabteilung
 Politische Bildung,
 Konrad-Adenauer-Stiftung*

Deutschlandweit wird 2009 das erfolgreiche Wirken des Grundgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt. 60+20 lautet die Formel: 60 Jahre in den alten Ländern und 20 Jahre in den neuen. In der alten Bundesrepublik ist das Jubiläum identisch mit einer sechzigjährigen beispiellosen Entwicklung, die Frieden, Freiheit und wirtschaftlichen Erfolg in Europa gewährleistete. In den neuen Ländern ist diese Identität gebrochen in eine vierzigjährige DDR-Geschichte und eine zwanzigjährige Entwicklung nach der friedlichen Revolution 1989, so dass der Ruf aus Leipzig $40+20=60$ erschallt. Beide Formulierungen sind richtig, bezeichnen aber ganz verschiedene Dinge. Während 60+20 das erfolgreiche Wirken des Grundgesetzes in Ost und West würdigt, intendiert $40+20=60$ die Gegenüberstellung zweier Entwicklungslinien, und zwar einer vierzigjährigen infolge des Zweiten Weltkrieges politisch getrennten und einer seit 1989 zwanzigjährigen gemeinsamen Entwicklung.

In den neuen Ländern ist das Thema „zwanzig Jahre friedliche Revolution“ unlösbar mit den vierzig Jahren DDR verbunden. Zwei Defizite sind bei der bisherigen Aufarbeitung bemerkenswert: Zum einen gibt es keine ausreichende Darstellung der Alltagsgeschichte der DDR, die die Lebenssituation und Lebensleistung der Menschen angemessen abbildet und würdigt, zum anderen wird der gesamte Komplex nur unter dem Stichwort des Erinnerns behandelt. Gleichwohl bieten der Anlass wie das Thema sehr gute Anknüpfungspunkte, um einen selbstbewussten – optimistischen – Blick in die Zukunft zu vermitteln. Es ist ein Ziel, durch die kontinuierliche Thematisierung und Reflexion der Befindlichkeiten in den neuen Ländern die Akzeptanz für die Politik zu erhöhen, um gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen zu stabilisieren und voranzubringen. Eine individuelle Perspektive hilft, allgemein ausgeblendete Aspekte zu beleuchten, so dass sich der Einzelne mit seinen Erfahrungen und Problemen wahr- und ernst genommen weiß.

Diese „Kümmerer-Strategie“ wurde Anfang der 1990er Jahre auch von der Union eingesetzt, später aber nur noch von der PDS genutzt. Gegenwärtig wird sie von der NPD erfolgreich kopiert. Es geht um die Thematisierung einer verbreiteten „narzisstischen Kränkung“, die mit dem Verfall der mit eigener Hand unter den Widrigkeiten der DDR erschaffenen, gleichwohl keinen materiellen Wert mehr verkörpernden Gegenständen einhergeht. Die Marginalisierung von ganzen Parallelgesellschaften der ehemaligen DDR in der öffentlichen Wertschätzung führt zu Rückzug und Ignoranz gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Prozessen. Viele Konfliktlinien lassen sich mit herkömmlichen demoskopischen und soziologischen Begriffen nicht fassen und werden dementsprechend auch nicht thematisiert, da die empirische Erfahrung fehlt.

So scheint sich das Phänomen „DDR“ einer objektiven Wahrnehmung zunehmend zu entziehen. Ein großer Teil der ehemaligen DDR-Bürger verklärt die Vergangenheit. Der Alltag in der Diktatur wird sehr oft als angenehm, geschützt, wohlgeordnet und sozial sicher bewertet. Negative Aspekte werden vollkommen ausgeblendet. Teilweise scheint



*Montagsdemonstration
 in Leipzig am
 11. Dezember 1989*

die Vergangenheit im Verhältnis zur Gegenwart ein erstrebenswerter Zustand zu sein. Ist diese Haltung notwendig, um mit der Erblast dieser Vergangenheit zurechtzukommen und leben zu können? Welche Zeichen werden damit für die heutige Jugend und für die Zukunft gesetzt, wenn Verbrechen relativiert und persönliche Verantwortung abgelehnt werden?

In Ermangelung demokratischer Legitimation versuchte die Führung der DDR die Zustimmung der Bevölkerung durch Konsumprogramme zu erlangen, die mit Westkrediten finanziert waren.

Weil der SED-Staat über keinerlei demokratische Legitimation verfügte, suchte er durch soziale Wohltaten die Loyalität der Bevölkerung zu erkaufen, völlig ohne Rücksicht auf wirtschaftliche oder finanzpolitische Rationalität. Mit der in der Ära Honecker in den siebziger Jahren postulierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bemühte sich das Regime, durch die verstärkte Bereitstellung von Konsumgütern und ein großes Wohnungsneubauprogramm die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Egal ob Volkswagen, Bananen oder Videorekorder importiert wurden, das Ziel war ein Erkaufen von Zustimmung.

Da die DDR ökonomisch nicht in der Lage war, ein derartiges Konsumprogramm zu finanzieren, wurde auf westliche Kredite zurückgegriffen. Diese Mittel fehlten dann in den achtziger Jahren und beschleunigten den wirtschaftlichen Verfall der kommunistischen Zwangsherrschaft. Zeitzeugen erinnern sich an eine vergleichsweise sorgenfrei erscheinende Zeit, in der man in vermeintlicher sozialer Sicherheit, freilich in eingeschränkten Lebensverhältnissen und ohne die im Westen selbstverständlichen bürgerlichen Freiheiten in seiner Nische ein privates Glück genießen konnte. Die mit dieser Finanzpolitik verbundenen gesamtwirtschaftlichen Probleme wurden dank der Zensur überhaupt nicht wahrgenommen. Im Kontrast dazu erscheinen häufig die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit als existentielle Bedrohung, ohne dass realisiert wird, dass gerade die desolante Lage der DDR-Wirtschaft maßgeblich für diese Probleme verantwortlich gewesen ist.

Die Bewertung und wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR legt demgegenüber ihren Schwerpunkt auf die verdrängten Teile der Diktaturerfahrung. Sie will bewusst machen, wie verbrecherisch geschlossene Systeme werden können, wenn jede Form externer Normierungen verlorengeht. Beide Positionen, sowohl die „Ostalgie“ und die damit einhergehende Relativierung als auch die „Dämonisierung“, werden dem Alltagserleben in der DDR nicht gerecht. Der SED-Staat war ein „Ideologieschwellensystem“, das besonders aktiv wurde, wenn man sich nicht konform verhielt. Dann offenbarte es alle Dimensionen eines totalitären Staates. Die (Lebens-)Kunst bestand darin, minimale Kompromisslinien zu finden, statt vorausseilenden Gehorsam zu leisten. In diesem Sinne ist es notwendig, Gewissenserforschung zu betreiben.

Das Veranstaltungsmodul „Wie schmeckte die DDR?“, das von der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung angeboten und vom Bildungswerk Dresden vorbereitet wird, reflektiert bewusst die sinnliche und emotionale Wahrnehmung der Vergangenheit und versucht zu zeigen, wie die DDR von jemandem empfunden worden ist, der in ihr aufwachsen musste. Die Themen sollen sichtbar machen, worunter man gelitten hat, aber auch, was man zu schätzen wusste. Diese Form des Verstehens kann helfen, den Weg in eine gemeinsame Zukunft zu befestigen.

Außerdem wird 2008 ein elektronisches Portal unter dem Arbeitstitel „Das war die DDR“ als überjähriges Projekt aufgebaut. Die Federführung übernimmt die Hauptabteilung Politische Bildung und hier insbesondere das Bildungszentrum Schloss Wendgräben im Benehmen mit dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik/Wissenschaftliche Dienste (ACDP/WD). Ziel des Portals ist es, den Nutzern Informationen über Alltag, Medien, Kultur, Kirche, Wissenschaft, Schule, Ideologie etc. in der DDR zu geben. Darin eingeschlossen sind auch didaktisch-methodische Hinweise zur Vermittlung der Thematik für Multiplikatoren sowie Lehrerinnen und Lehrer.



Ostalgie auf dem 14. Internationalen Trabant-Fahrer-Treffen im Juni 2007 in Zwickau.

ERINNERUNGSKULTUR ALS ZUKUNFTSAUFGABE

Die Beschäftigung mit der Geschichte hilft zu begreifen, was heute ist und was morgen geschehen kann. Dies gilt gerade auch für die Auseinandersetzung mit der Geschichte von Diktaturen und ihren Folgen. Immer weniger Opfer können als Zeitzeugen die Erinnerung an das Grauen der NS-Zeit und des Erlittenen persönlich weiter tragen und vermitteln. Geschichte aber verblasst schnell, wenn sie nicht Teil des eigenen Erlebens oder eines unmittelbaren Zugangs ist. Wirkliche Erinnerung lässt sich nicht verordnen. Eine nüchterne Beschreibung allein birgt daneben die Gefahr eines allzu milden Lichts, in dem selbst die größte Barbarei zu einem anonymen Ereignis schrumpfen kann.

Wie schaffen wir es aber, junge Leute über die reine Wissensvermittlung hinaus zu einer nachhaltigen und auch emotionalen Beschäftigung mit dem Themenfeld anzuregen? Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat dazu einige durchaus erfolgreiche Wege beschritten.

An dem bundesweiten Jugendwettbewerb DenkT@G haben inzwischen Tausende von jungen Menschen teilgenommen. Nicht nur Antworten auf vielfältige Fragen zu Holocaust und NS-Diktatur, sondern auch zu Rechts-Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitis-



mus zu suchen und sie dann kreativ und mediengerecht in Form von Internetseiten aufzubereiten ist ein innovativer Ansatz der historischen Erinnerung und der politischen Bildung. Eine Filmreihe der Akademie präsentiert daneben seit einiger Zeit Spiel- oder Dokumentarfilme, die sich mit Fragen des Umgangs und der Auseinandersetzung mit Geschichte befassen. Es schließt sich stets ein vertiefendes Gespräch mit den Filmemachern, mit Wissenschaftlern und Zeitzeugen an. Wichtig gerade für junge Erwachsene bleiben Besuche authentischer Lernorte wie Gedenkstätten, ehemaligen Konzentrationslagern und Museen, mit einer aktiven inhaltlichen Auseinandersetzung über Gespräche, Film- bzw. Tonmaterialien, Akten- und Literaturstudien.

Ähnlich konzipiert ist der SchülerPolitikTag. Berliner Schüler sind eingeladen, Orte der Erinnerung aufzusuchen, mit interessanten Dialogpartnern ins Gespräch zu kommen oder sich mit historischem Quellenmaterial zu beschäftigen.



Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema DDR – damals und heute

Mit zahlreichen Büchern und Broschüren hat die KAS die Entwicklungen im SED-Staat kritisch unter die Lupe genommen, darunter zwei allgemein anerkannte Nachschlagewerke: Das zweibändige „Lexikon des DDR-Sozialismus“ sowie das große „Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur“, in dem Wissenschaftler und zahlreiche Autorinnen und Autoren, die selbst zur DDR-Opposition zählten, zu Wort kommen. Das Werk gilt als eine der wichtigsten Aufarbeitungen des DDR-Widerstands.

Die Reihe „Deutschland-Report“ wurde zu DDR-Zeiten aufgelegt und lief nach der Wiedervereinigung aus.

Wichtige Themen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte wird die Konrad-Adenauer-Stiftung auch im Rahmen des zwanzigjährigen Jubiläums der Wiedervereinigung im Jahr 2009 bearbeiten und veröffentlichen.